

Aussprache zur Regierungserklärung - Rede von Christian Lindner, 29. Januar 2015 - Plenarprotokoll

Christian Lindner (FDP): Herr Präsident! Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen! Die Digitalisierung verändert alle Lebensbereiche. Sie verändert die Art unseres Miteinanders in Wirtschaft und Gesellschaft. Sie bietet großartige Chancen für Teilhabe und ein enormes Potenzial, zu neuem Wohlstand zu kommen. Das ist nicht die Erkenntnis dieser Debatte, sondern das ist gemeinhin bekannt. Die Frau Bundeskanzlerin ist vor zwei Jahren regelrecht belächelt worden, als sie vom Internet als dem Neuland gesprochen hat. Diese Debatte wird also schon länger geführt.

Frau Ministerpräsidentin, Sie haben heute gesagt, Sie wünschen sich smarte Wirtschaft, smartes Arbeiten, smartes Wohnen, smarte Bildung für Nordrhein-Westfalen. – Eine wichtige Voraussetzung dafür wäre eine smarte Regierung, Frau Ministerpräsidentin,

(Beifall von der FDP und der CDU)

die das Thema engagiert angeht, und zwar nicht nur heute. Ich habe mir die Mühe gemacht, mir Ihre Initiativen dieser Legislaturperiode genau anzusehen: 124 Gesetzentwürfe der Landesregierung, mit den Koalitionsfraktionen gemeinsam sind es 133, null zur digitalen Veränderung von Wirtschaft und Gesellschaft, 80 Anträge der Koalitionsfraktionen,

(Zuruf von der Regierungsbank: Falsch!)

null zum digitalen Wandel. Zu Ihrer Ehrenrettung gibt es einen einzigen Antrag, den Sie mitgezeichnet haben. Da sind Sie einer Initiative der Opposition beigetreten.

(Zuruf von den GRÜNEN: Da haben Sie schlecht gezählt!)

Also: Frau Ministerpräsidentin, inzwischen regieren Sie seit vier Jahren und haben so gut wie keine messbare Initiative, keine von Ihnen ausgehende Debatte hier im Hause vorzuweisen.

Sie haben von NRW 4.0 gesprochen. Geliefert haben Sie in den vergangenen vier Jahren viermal null, Frau Kraft.

(Beifall von der FDP und der CDU)

Die heutige Überschrift lautet: „MegaBits. MegaHerz. MegaStark“. MegaEnttäuschend war das, was Sie geboten haben.

(Beifall von der FDP)

Denn heute hat nicht die Regierungschefin gesprochen – wir haben nichts gehört über die langen Linien Ihrer Politik, über eine Strategie –,

(Vorsitz: Vizepräsident Oliver Keymis)

sondern das Wort hatte die Vorsitzende einer Enquetekommission, die mit viel Fleiß unterschiedliche Initiativen zusammengebunden hat. Aber das ersetzt eben nicht einen konzeptionellen strategischen Ansatz in Fragen der Digitalisierung. Das, was wir heute gehört haben, war Maßnahmenhuberei, aber keine Gestaltung. Und die bräuchten wir, die vermissen wir von Ihnen.

(Beifall von der FDP und der CDU)

Im Übrigen, liebe Kolleginnen, liebe Kollegen, ist das Motiv für die heutige Regierungserklärung klar. Das vergangene Jahr war eine Enttäuschung für die Koalition: Flüchtlingskandal, Besoldungsskandal, skandalöse Haushaltssperre. Das gesamte Jahr 2014 war ein Krisenjahr. Da liegt es nahe, dass in der Staatskanzlei überlegt wird: Wir brauchen jetzt einen neuen Start. Wir brauchen einen neuen Anfang. Wir brauchen ein neues Thema. Die Kommunikationsklempner würden sagen: Wir brauchen einen Agendawechsel in der Landespolitik, Frau Ministerpräsidentin. Wir müssen etwas Neues anschieben, um neuen Gesprächsstoff zu haben.

(Sigrid Beer [GRÜNE]: Wir sind doch nicht bei der FDP! – Minister Johannes Remmel: Wir brauchen hier nicht die eigene Geschichte zu erzählen! – Weitere Zurufe von Sigrid Beer [GRÜNE])

– Aber Frau Beer, ich habe noch gar nicht angefangen; ich komme noch. Sparen Sie sich noch ein paar Nerven auf!

(Beifall von der FDP und der CDU)

Also: Der neue Agendawechsel soll kommen. Nur, Frau Ministerpräsidentin, Sie haben bei all dem, was Sie heute vorgetragen haben, ein Problem. Vernetzen kann man Industrie und Handwerk nur, wenn man es überhaupt noch hat. Auch für das autonome Fahren braucht man intakte Landesstraßen. Programmierunterricht in der Schule macht nur Sinn, wenn es qualifizierte Lehrer gibt und die Schüler zumindest minimale Mathematikkenntnisse haben.

(Beifall von der FDP und der CDU)

Sie können, Frau Ministerpräsidentin, mit Ihrem neuen Thema „Digitalisierung“ Ihren alten Problemen nicht entfliehen. Die Digitalisierung wird im Gegenteil dazu führen, dass die alten Defizite noch schneller und schmerzhafter für alle sichtbar werden, Frau Ministerpräsidentin. Das ist der Zusammenhang.

(Beifall von der FDP und der CDU)

Das will ich an fünf Punkten deutlich machen:

Erstens. Frau Ministerpräsidentin, das wird Sie vielleicht überraschen, der erste Punkt ist der, bei dem ich Ihnen ausdrücklich zustimme. Sie haben gesagt, wir brauchen einen neuen Ordnungsrahmen für die digitale Ökonomie. Wir brauchen starke Leitplanken durch gutes Recht für die Transformation hin zu der massenhaften Sammlung und Bewirtschaftung von Daten.

Sie haben hier von Datensouveränität, Datenhoheit gesprochen. In dem Punkt – das ist im engeren Sinne kein landespolitischer Punkt, aber Sie haben ihn angesprochen – sind wir bei Ihnen. Der Chef von Google hat vorige Tage gesagt: Wenn es Dinge gibt, von denen Sie nicht wollen, dass sie alle erfahren, tun Sie sie nicht.

Er meint damit, dass es möglich ist, durch die Sammlung und Bewirtschaftung von Daten lückenlose Persönlichkeitsprofile anzulegen. Das wollen wir nicht. Wir wollen nicht, dass die Bürgerinnen und Bürger gewissermaßen wider Willen zu gläsernen Kunden werden. Wenn Sie hier mit Ihrem Bundesjustizminister Heiko Maas neues Recht durchsetzen wollen, dann unterstützen und begleiten wir das.

Aber zu Ihrem digitalen Ordnungsrahmen, Frau Ministerpräsidentin, gehört auch, dass Sie dafür sorgen, dass die Bürger nicht nur nicht zu gläsernen Kunden, sondern auch nicht zu gläsernen Bürgern wider Willen werden. Sie sollten auch Ihren Innenminister digital zur Ordnung rufen, wenn er nämlich fortwährend über die Vorratsdatenspeicherung fabuliert und auch da in die Privatsphäre eingreift.

(Beifall von der FDP)

Wenn Sie es also mit Datenhoheit ernst meinen, dann stärken Sie Heiko Maas den Rücken nicht nur, wenn er Regeln gegen Google durchsetzen will, sondern auch, wenn er Regeln gegen Jäger durchsetzen will. Dann erst ist das in einer vernünftigen Balance.

(Beifall von der FDP – Armin Laschet [CDU]: Jäger ist ein guter Mann!)

Zweiter Punkt: Bildung. Eine Umfrage des Deutschen Industrie- und Handelskammertages, die heute veröffentlicht worden ist, hat noch einmal herausgearbeitet, dass die Digitalkompetenz die zentrale Schlüsselqualifikation der Zukunft sein wird, nicht nur, um das Potenzial, das sich mit der Digitalisierung verbindet, beruflich verwertbar, sondern auch im Alltagsleben nutzbar zu machen.

Neueste Technologie in den Schulen, das wäre jetzt eine Anforderung. In der Realität sieht es aber so aus, dass sich auf dem Schulhof die Schülerinnen und Schüler über die neueste App auf dem Smartphone unterhalten. Dann geht es aber zurück ins Klassenzimmer und im wahrsten Sinne des Wortes zurück in die Kreidezeit, weil unsere Schulen längst nicht den technologischen Wandel und die technologischen Möglichkeiten aufgenommen haben – nicht im Grundschulbereich, nicht im weiterführenden und auch nicht im beruflichen Bereich.

In anderen Gesellschaften, insbesondere im privaten Bereich, Frau Ministerpräsidentin, da wird längst über die vernetzte Schule gesprochen. Da werden die Möglichkeiten von E-Learning längst genutzt. Sie, Frau Löhrmann, haben sich vor einiger Zeit noch schwer damit getan, ein Tablet statt einen Taschenrechner im Mathematikunterricht zuzulassen, während an anderen Orten auf der Welt längst über das Schultablet für alle nachgedacht wird.

(Zuruf von Sigrid Beer [GRÜNE])

Warum kann Nordrhein-Westfalen in einer solchen Frage nicht einmal führend sein? Warum müssen wir das anderen überlassen?

(Beifall von der FDP)

Weil wir falsche Schwerpunkte setzen. Ich sage gleich: Die Modernisierung unserer Bildungslandschaft, um im Weltmaßstab beispielsweise mit Nordamerika konkurrieren zu können, ist keine Aufgabe, die das Land Nordrhein-Westfalen alleine stemmen kann, das ist letztlich eine Aufgabe für den Gesamtstaat, der bei der Koordination und der Finanzierung von Bildung mehr Verantwortung übernehmen muss. Das Geld dafür wäre da. Es muss kein Science-Fiction sein, über E-Learning, über Tablet für alle, über vernetzte Schule zu sprechen, wenn die Politik in Deutschland bis 2030 nicht 230 Milliarden € für ein Rentenpaket aufwenden, sondern in die beste und modernste Bildung der Welt investieren würde. Das wäre bei entsprechenden politischen Rahmenbedingungen möglich.

(Beifall von der FDP)

Aber wir müssen vor allen Dingen unsere aktuellen Anforderungen angehen. Ich habe bereits eingangs gesagt: Für den MINT-Bereich, der die Schlüsselqualifikationen darstellt, sieht die Lage in Nordrhein-Westfalen beklagenswert aus. Anders, als Sie das eben hier dargestellt haben, Frau Ministerpräsidentin, ist die Lage nämlich alles andere als rosig. Bei der Überprüfung der Bildungsstandards in Mathematik erreichen 30,6 % der Schüler in NRW nicht die KMK-Mindeststandards für einen mittleren Abschluss. Das ist die Situation der Kompetenz im Fach Mathematik.

Wir haben unlängst die Studie von Herrn Klemm im Auftrag der Telekom-Stiftung diskutiert – sie ist öffentlich vorgestellt worden – mit dem Ergebnis, dass sich bis 2025 die Zahl der Lehrer in den wichtigen Fächern Mathematik, Ingenieurwissenschaften, Technologie, Naturwissenschaften halbieren wird. In zehn Jahren wird es in den Schlüsselbereichen nur halb so viele Lehrkräfte geben wie heute und wie notwendig wären! Nordrhein-Westfalen steht – davon haben Sie hier nicht gesprochen; dazu haben Sie nichts gesagt; nicht eine Ihrer 180 Maßnahmen betraf diesen Bereich – vor einer Bildungskatastrophe im MINT-Bereich, wenn Sie nicht endlich den Lehrermangel in diesem Bereich entschlossen angehen!

(Beifall von der FDP und der CDU)

Dazu kam von Ihnen nichts. Sie haben kein Konzept dafür. Nichts! Erst auf Antrag der Freien Demokraten wird sich der Landtag morgen damit beschäftigen. Wir haben nämlich dazu einen Antrag vorgelegt.

(Beifall von der FDP – Zurufe von der SPD und den GRÜNEN)

Ich nenne Ihnen auch den Zusammenhang: Gerade im MINT-Bereich sind doch auch in der Wirtschaft die Fachkräfte knapp. Die Lehrer für diese Fächer sind doch in allen Bundesländern knapp. Da muss man sich doch nicht wundern, dass gerade in Nordrhein-Westfalen der Fachlehrermangel in dem Bereich besonders groß werden wird, weil Sie, Frau Ministerpräsidentin, es zu verantworten haben, dass wir das am wenigsten attraktive Besoldungsrecht haben und weil Sie Ihre Beschäftigten behandeln wie ostelbische Junker ihre Stiefelknechte. Da müssen Sie sich nicht wundern, wenn die Qualifiziertesten eben nicht hier Mathelehrer werden wollen.

(Beifall von der FDP – Vereinzelt Beifall von der CDU)

Wie ein Bumerang wird das zurückkommen und hier einschlagen.

Wir haben also einen Antrag vorgelegt, den Lehrerberuf attraktiver zu machen, um im Wettbewerb mit Wirtschaft und anderen Bundesländern reüssieren zu können. Das, was Sie heute zum Bildungsbereich gesagt haben, Frau Ministerpräsidentin, war oberflächlich, das war allerhöchstens Pepita. Die wesentlichen Fragen sind Sie nicht angegangen.

Dritter Punkt. Das Wertschöpfungspotenzial der Digitalisierung kann man nur durch leistungsfähige Infrastruktur erschließen. Das ist insbesondere für Mittelstand und Handwerk relevant; denn die großen Player – Industrie, Großunternehmen – schaffen sich ihre eigenen Zugänge zum breitbandigen Netz. Mittelstand und Handwerk müssen sich auf das verlassen, was vor Ort zur Verfügung gestellt wird. Die können es aus eigener Kraft nicht leisten. Beispielsweise können sie nicht eigene Leitungen legen. Sie müssen sich also entweder mit dem zufrieden geben, was da ist, oder sie verlassen den Standort. Deshalb ist es so entscheidend, dass wir im Breitbandausbau Fortschritte machen. Das ist ein Thema für die Kommunen – für unsere 396 Städte und Gemeinden –, die das leisten müssen.

40 % des ländlichen Raums aber haben nicht einmal Zugang zu 16 Megabit in der Sekunde.

(Lachen von Reiner Priggen [GRÜNE])

– Herr Priggen, Sie lachen darüber, weil Sie nämlich immer noch davon ausgehen, dass zwei Megabit in der Sekunde „State-of-the-Art“ sind. Eine 100-Megabyte-Datei damit herunterzuladen, dauert aber sieben Minuten. Mit Glasfaser geht das in wenigen Sekunden. Ich glaube, sehr verehrter Kollege, Herr Priggen, dass Sie als Erstes Ihr

Bild vom Breitband verändern müssen. Zwei Megabit in der Sekunde sind nämlich nicht mehr Zukunft, das ist der Stand des Jahres 2005.

(Beifall von der FDP)

Dass wir in Nordrhein-Westfalen insbesondere im ländlichen Raum nicht auf der Höhe der Zeit sind, hat erheblich auch mit Verantwortung der rot-grünen Landesregierung zu tun. Wie war das denn bei den Anmeldungen zur neuen EFRE-Förderperiode im vergangenen Herbst? Was haben wir denn da bei EFRE gemacht? Nordrhein-Westfalen hat das Querschnittsziel Gleichstellung und Nachhaltigkeit angemeldet. Auch die Förderung erneuerbarer Energien, die in Deutschland scheinbar noch nicht hoch genug subventioniert werden, ist angemeldet worden. Weiterhin ist die ökologische Revitalisierung von Städten angemeldet worden. Sie haben die Chance vertan, beim EFRE-Programm auch die Versorgung mit Breitband im ländlichen Raum anzumelden. Da haben Sie Geld verschenkt, das haben Sie liegen gelassen! Das ist eine falsche Schwerpunktsetzung!

(Beifall von der FDP)

Dass das eben von mir genannte Förderprogramm „Breitband im ländlichen Raum“ nur zwei Megabit in den Blick nimmt, hatte ich schon gesagt. Das zweite Problem ist aber, dass Sie nur Gemeinden mit bis zu 10.000 Einwohnern berücksichtigen. Damit fallen viele durch den Rost dieses Förderprogrammes. Das muss verändert werden.

Wenn ich schon bei diesem Förderprogramm bin, will ich durchaus noch etwas sagen, weil das symbolisch ist. Man stelle sich einen Verantwortungsträger – ein Ratsmitglied, ein Bürgermeister, ein Gemeindebeamter – in einer Kommune vor. Weiter stelle man sich vor, dass der sich informieren will, welche Förderung es im Land Nordrhein-Westfalen gibt. Der wird dann auf die Internetseite des zuständigen Ministeriums, des Ministeriums von Johannes Remmel, gehen und „Ländlicher Raum“ anklicken. Anschließend wird er – ich habe ich das gestern Abend noch angeschaut – auf den Unterbereich „Breitbandversorgung“ gehen. Der erste Link, der auf der Internetseite „Breitbandversorgung im ländlichen Raum“ von Herrn Remmel angezeigt wird, ist einer, der auf weitere Informationen – insbesondere auf die „Richtlinie für die Gewährung von Zuwendungen zur Förderung der Breitbandversorgung öffentlicher Raum“ – verweist. Was kommt, wenn man diese Richtlinie sehen will? Es kommt eine neue Seite: „Fehler 404 – angefordertes Dokument nicht gefunden“. Das kann jedem passieren; aber es ist gleichzeitig symbolisch, Herr Remmel, für die Art und Weise, wie Sie die Breitbandversorgung angehen.

(Beifall von der FDP und den PIRATEN)

Fehler 404 – Seite nicht gefunden! – Stellen Sie also die Finanzierung auf eine andere Grundlage. Insbesondere das Breitbandförderprogramm der NRW.BANK muss angepasst werden. Glasfaserleitungen müssen bis zum Gehsteig gelegt werden dürfen, nicht bis ins Haus, wenn das noch nicht darstellbar ist. Das kann einen Aufholprozess in der Glasfaserversorgung sicherstellen. Nehmen Sie jede der 396 Kommunen an die Hand und finden Sie individuelle Wege, sie ans Breitbandnetz anzuschließen.

Vor allen Dingen, Frau Ministerpräsidentin, sorgen Sie dafür, dass das Koordinationsbüro „Breitband NRW“ weiter finanziert wird. Mit ihm haben wir ein Instrument, das die Kommunen beraten soll. Bis zu der Stunde aber, als Sie hier Ihre Regierungserklärung gehalten haben, Frau Ministerpräsidentin, war die weitere Finanzierung von „Breitband NRW“ noch nicht sichergestellt. Es hat noch keine Förderzusage für das Jahr 2015. Ändern Sie das, wenn Sie ernstgenommen werden

wollen in Ihren Bemühungen, Breitbandversorgung sicherzustellen. Sie können hier nicht nur schöne Worte sprechen für das Protokoll, Sie müssen auch Taten zeigen, Frau Ministerpräsidentin.

(Beifall von der FDP)

Ich komme viertens zum E-Government. Digitalisierung der Verwaltung bedeutet Bürgerfreundlichkeit und zugleich auch das Potential, Kosten zu senken. Dieser Bereich beinhaltet erhebliche Potenziale, wenn wir an das papierlose, schnelle und medienbruchfreie Genehmigungsverfahren denken. Warum machen wir das nicht bei der Nachverfolgung von Bauplänen, der Beantragung von Führungszeugnissen oder bei der elektronischen Gewerbeanmeldung? Das gibt es andernorts in Europa bereits. Warum nicht auch in Nordrhein-Westfalen? Warum können wir hier nicht Vorreiter sein?

Ich glaube, das hat damit zu tun, dass Sie Digitalisierung im öffentlichen Bereich, Frau Ministerpräsidentin, bislang nicht wirklich richtig ernst nehmen, dass das bislang kein echtes Anliegen war. Das wurde zum Beispiel bei einer Kleinen Anfrage meiner Fraktion aus dem Dezember des vergangenen Jahres deutlich, als wir uns bei Ihnen erkundigt haben, wie der elektronische Rechtsverkehr in der nordrhein-westfälischen Fachgerichtsbarkeit läuft. Wir haben gefragt: Was passiert mit dem elektronischen Rechtsverkehr bei den Fachgerichten in Nordrhein-Westfalen? Ich zitiere aus der Antwort auf unsere Kleine Anfrage aus dem Dezember des vergangenen Jahres:

Die elektronisch und per Fax eingehenden Dokumente werden ausgedruckt und in den obligatorischen Papierumlauf gegeben.

So haben wir uns die Digitalisierung nicht vorgestellt, Frau Ministerpräsidentin. Ihre Regierung befindet sich noch im Zeitalter der E-Mail-Ausdrucker. Das ist aber nicht auf der Höhe der Zeit.

(Beifall von der FDP)

Schon in Ihrem Koalitionsvertrag 2010 war angekündigt worden, dass Sie Open Government als politisch prioritäres Ziel Ihrer Landespolitik ansehen. Wir haben im Februar 2012 nachgefragt. Auch da wurde bestätigt, das sei ein prioritäres politisches Ziel.

Im Januar 2015 warten wir immer noch auf das Portal Open.NRW. In den vergangenen viereinhalb Jahren ist nichts passiert. Als Sie von einem politisch prioritären Ziel sprachen, sind wir davon ausgegangen, dass Sie das im Breitbandtempo erledigen und nicht im Modemtempo der 1990er-Jahre, Frau Ministerpräsidentin. Wir brauchen mehr Tempo bei den entscheidenden Fragen.

(Beifall von der FDP – Vereinzelt Beifall von der CDU)

Warum gibt es keinen energischeren Kampf gegen Wohnungseinbrüche durch eine zentrale Fahndungsplattform beim LKA? Warum ist die Polizei nicht in der Lage, beispielsweise Hehlerware und Diebesgut bei eBay zu suchen und zu ermitteln, wer die Verantwortung dafür trägt, auf welchem Wege das dorthin gekommen ist? Warum gibt es das alles nicht?

Das zeigt nur eines, Frau Ministerpräsidentin: Sie haben die großen Chancen von Modernisierung und Digitalisierung für öffentliche Verwaltung und Sicherheitsbehörden bislang noch nicht ausreichend wahrgenommen. Es fehlt Ihnen an Ehrgeiz, in diesem Bereich tatsächlich Fortschritte zu machen.

(Beifall von der FDP und der CDU)

Der letzte Punkt betrifft die Frage der Gründungen, die Sie hier sehr hervorgehoben haben. Das ist mir sympathisch, und es ist für unsere Volkswirtschaft gewissermaßen Hefe im Teig, wenn es eine Gründungskultur gibt.

(Volker Münchow [SPD]: Sie kennen sich damit aus?)

Eine Gründungskultur, wenn Menschen sich auf den Weg machen, sich eine Existenz aufzubauen, ist auch Ausdruck des Zukunftsvertrauens einer Gesellschaft insgesamt.

(Zuruf von Volker Münchow [SPD])

Das sichert den individuellen Aufstieg. Das schafft Arbeitsplätze. – Bitte?

(Volker Münchow [SPD]: Damit haben Sie ja Erfahrung!)

– Ach, gucken Sie einmal da!

(Christof Rasche [FDP]: Guck mal, das Schwergewicht der SPD!)

Das ist interessant. Haben Sie nicht gehört, was die Ministerpräsidentin gesagt hat?

(Volker Münchow [SPD]: Doch!)

Haben Sie das nicht gehört, Herr Kollege von der SPD?

(Volker Münchow [SPD]: Doch!)

Sie sagen, ich hätte Erfahrung. In der Tat, Herr Kollege, ich habe in der Hochphase der New Economy schon einmal ein Unternehmen gegründet, und dieses Unternehmen war damals nicht erfolgreich.

Heute hat die Ministerpräsidentin hier gesagt, man solle auch das Scheitern von Pionieren nicht ein Leben lang biografisch als Stigma verwenden.

(Beifall von der FDP und der CDU – Vereinzelt Beifall von der SPD – Zuruf von Sigrid Beer [GRÜNE])

Da haben Sie einen in Ihren eigenen Reihen, Frau Ministerpräsidentin. Sie haben einen, der nicht zuhört, was Sie machen. Das ist Ihr Kollege. Das ist einer der Gründe, warum die Menschen heute lieber in den öffentlichen Dienst gehen – da haben Sie ja auch gearbeitet –, statt ein Unternehmen zu gründen. Wenn man nämlich Erfolg hat, gerät man in das Visier der sozialdemokratischen Umverteiler, und wenn man scheitert, ist man sich Spott und Häme sicher. Das ist doch der Grund.

(Beifall von der FDP und der CDU)

Ich sage Ihnen Folgendes, Herr Kollege: Sie sind übrigens der Zweite. Herr Hahnen hat hier am Pult schon einmal dasselbe probiert. Es sind meistens solche Sozialdemokraten, die das ganze Leben beim Staat gearbeitet oder vom Staat gelebt haben, die anderen unternehmerisches Engagement vorwerfen.

(Beifall von der FDP)

Ich sage Ihnen noch etwas, weil Sie sich hier bis auf die Knochen blamiert haben: Durch Ihren dämlichen Zwischenruf haben Sie im Grunde die gesamte Regierungserklärung der Ministerpräsidentin zur Makulatur gemacht.

(Lachen und Beifall von der FDP und der CDU)

Sie können sich bei dem Kollegen bedanken, der jetzt zum ersten Mal überhaupt im Landtag in Erscheinung tritt, Frau Ministerpräsidentin.

(Lachen von der CDU)

Ich sage Ihnen Folgendes, Herr Kollege: Mit mir können Sie das ja machen. Schauen Sie, ich bin FDP-Vorsitzender. Ich bin andere Anwürfe gewohnt. Welchen Eindruck macht so ein dümmlicher Zwischenruf wie Ihrer aber auf irgendeinen gründungswilligen jungen Menschen? Was macht das für einen Eindruck?

(Beifall von der FDP und der CDU)

Das hat Spaß gemacht.

(Heiterkeit – Zuruf von der Regierungsbank: Das hat man gemerkt!)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, Sie müssen das verstehen. Einen solchen Ball kann man nicht ungenutzt den Elfmeterpunkt passieren lassen. Jetzt ist es aber auch gut, und wir kommen wieder zu den eigentlichen Themen zurück.

Im Vergleich der 26 innovationsbasierten Volkswirtschaften der Welt steht Deutschland auf dem 22. Platz, und Nordrhein-Westfalen schneidet mit Blick auf das Gründungsklima schlechter ab als der Bundesdurchschnitt.

Man hat den Eindruck, in den Vereinigten Staaten werden Unternehmen von irgendwelchen Nerds im Pullover gegründet. Der Eindruck ist jedoch falsch. Facebook, Amazon und andere solcher großen Technologie- und Plattformunternehmen sind alle aus dem Umfeld von Elitehochschulen gegründet worden, von hoch qualifizierten Menschen, die zum Teil auch einmal als zweite oder dritte Unternehmensgründung ein solch großes Unternehmen auf den Weg gebracht haben.

Weil Sie das erkannt haben, starten Sie jetzt bei uns eine Start-up-Offensive. Diese haben der Wirtschaftsminister und die Wissenschaftsministerin vorgestellt. Habe ich die Zahl richtig im Kopf? Sie wollen dafür 70 Millionen € in die Hand nehmen? Das ist bemerkenswert.

Wir haben uns hier mit dem Hochschulzukunftsgesetz beschäftigt. Das Hochschulzukunftsgesetz hat dafür gesorgt, dass es in den Hochschulen selbst ein Interesse an der wirtschaftlichen Verwertbarkeit von Innovation und Patenten gibt. Mit dem Hochschulrat haben wir den Versuch unternommen, die Hochschule in den Bereich der Wirtschaft hinein zu öffnen. Wir haben Signale für Ausgründungen und für die Kooperation zwischen universitärer und außeruniversitärer Forschung und innovativen Unternehmen und Unternehmensgründungen gesendet.

Das hat auch zu einem enormen Zuwachs beispielsweise in der Rekrutierung von Drittmitteln für die Hochschulen geführt. Nordrhein-Westfalen war also tatsächlich auf dem Weg, über das Hochschulzukunftsgesetz – nein: Hochschulfreiheitsgesetz – eine Brücke hin zu hoch innovativen Unternehmen zu schlagen, und jetzt kommen Sie mit dem Hochschulzukunftsgesetz und machen alle diese Ansätze kaputt.

(Nadja Lüders [SPD]: Freud'sche Fehlleistung!)

Sie laden die Wirtschaft aus den Hochschulen aus, Sie nehmen die wirtschaftlichen und autonomen Gestaltungsspielräume weg und wollen jetzt 70 Millionen € investieren.

(Beifall von der FDP und der CDU)

Sie wollen jetzt mit 70 Millionen € reparieren, was Sie wegen des Diktats von ver.di, die Ihnen das Hochschulzukunftsgesetz geschrieben haben, mutwillig kaputt gemacht haben. 70 Millionen € werden aber nicht ausreichen, um den entstandenen Schaden dort zu korrigieren. Denn es ist vor allen Dingen ein Schaden in der Haltung, der Mentalität und dem Klima, den Sie zu verantworten haben.

(Beifall von der FDP)

Ich lasse jetzt einmal außen vor, dass unsere Hochschulen insgesamt unterfinanziert sind, seit Sie ihnen die Mittel aus den Studienbeiträgen entzogen und das auch nicht ausreichend kompensiert haben, was doch zu einem enormen Qualitätsrückgang führt. Das wollen wir hier jetzt aber nicht weiter diskutieren; das haben wir bereits x-mal gemacht.

(Widerspruch von Ministerin Svenja Schulze)

– Doch, das ist so. Aber das soll jetzt nicht mein Punkt sein.

Ich will beim Thema „Gründungen“ einen Punkt ansprechen, Frau Ministerpräsidentin, über den ich gewundert habe. Sie haben es bei Ihrer heutigen Regierungserklärung nun wirklich nicht an Ausführlichkeit mangeln lassen.

(Heiterkeit von Klaus Kaiser [CDU])

Sie haben es sogar geschafft, die Redezeit um 6:40 Minuten zu überziehen. Gefühlt war es sogar noch mehr. Trotzdem haben Sie nichts zu den rechtlichen Rahmenbedingungen für Risikokapital für Gründungen gesagt. Das ist interessant. Denn wenn Sie so ausführlich sprechen und nahezu jedes Projekt an welcher Hochschule auch immer erwähnen, muss es ja politische Absicht sein, dass Sie kein Wort zu den rechtlichen Rahmenbedingungen gesagt haben.

Bayern hat eine Initiative auf den Weg gebracht, um Gründungen und den Zugang zu Risikokapital zu erleichtern. Was sagt Norbert Walter-Borjans dazu? Ich nenne die steuerlichen Sofortabschreibungsmöglichkeiten beim Erwerb von Anteilen an Start-ups. Ich nenne die Aufhebung bzw. Abschwächung des Verlustabzugs beim Einstieg von neuen Investoren in Start-ups. Ich nenne Ausnahmen von der Mindestbesteuerung für junge Unternehmen.

Frau Ministerpräsidentin, das sind genau die Punkte, die beispielsweise der Bundesverband Deutsche Startups regelmäßig beklagt. Sie bedeuten im internationalen Vergleich einen erheblichen Wettbewerbsnachteil für unser Land Nordrhein-Westfalen und für Deutschland insgesamt. Warum haben Sie dazu gar nichts gesagt, Frau Ministerpräsidentin? Ist das für Sie kein Thema? Oder sehen Sie da nur Heuschrecken, die investieren?

Hier müssen Sie nacharbeiten. Wir erwarten von Ihnen, wenn Sie Ihre Regierungserklärung ernst meinen, dass das Land Nordrhein-Westfalen die Initiative des Freistaats Bayern für bessere rechtliche Rahmenbedingungen für Start-ups aktiv unterstützt. Daran werden Sie jetzt gemessen werden, Frau Ministerpräsidentin. Das ist die nächste Hürde, die Sie nehmen müssen. Sonst ist alles, was Sie hier gesagt haben, nichts weiter als heiße Luft, weil Sie an die wirklichen, tiefgreifenden Probleme nicht herangehen können oder wollen.

(Beifall von der FDP – Vereinzelt Beifall von der CDU)

Mein letzter Punkt: Natürlich sind kleine Unternehmen mit wenig Managementkapazität besonders von Bürokratie betroffen. Sie brauchen ihre Arbeitskraft, um ihr Produkt zu entwickeln, sich einen Markt zu eröffnen, den Marktzugang zu organisieren. Hierzulande müssen sie sich aber mit Bürokratie herumschlagen. In den USA geht man zur Gründung eines Unternehmens in die Garage, bei uns geht man aufs Amt. Während man dort schon an der Idee schraubt, füllt man hier noch Formulare aus. Hätte Steve Jobs Apple nicht in Palo Alto gegründet, sondern bei Hannelore Kraft in

Castrop-Rauxel, wäre er bereits an der Baunutzungsverordnung für seine Garage gescheitert. Das ist die Realität.

(Beifall von der FDP und der CDU)

Tun Sie also mal was für den Bürokratieabbau! Damit meine ich übrigens nicht das Tariftreue- und Vergabegesetz.

(Ralf Witzel [FDP]: Auch!)

Denn welches IT-Start-up hat unbedingt ein Interesse, an öffentlichen Ausschreibungen teilzunehmen? Das werden die aller-, aller-, allerwenigsten sein. Das Tariftreue- und Vergabegesetz müssen Sie wegen unseres Handwerks abschaffen. Aber wie sieht es mit den ganzen anderen bürokratischen Fragen aus? Was ist mit Umsatzsteuervoranmeldungen auch bei Gründungsunternehmen? Wie ist das mit den Buchführungspflichten?

Ein ganz aktuelles Beispiel ist Guntram Schneider. Er lässt sich in der Presse immer damit zitieren, er sei derjenige, der die Mindestlohndokumentationspflichten-Verordnung zusammen mit dem Zoll auf Punkt und Komma durchsetzen werde. Genau das werden doch die neuen bürokratischen Lasten für das kleine Unternehmen mit seinen paar Beschäftigten sein. Es muss dann für Guntram Schneider Statistiken ausfüllen, statt sich um sein Geschäft zu kümmern. Das sind doch die bürokratischen Belastungen.

(Beifall von der FDP und der CDU)

In Berlin wird gerade die Arbeitsstättenverordnung diskutiert. Was sagen Sie denn dazu, Frau Kraft? Für das IT-Start-up wird von Frau Nahles demnächst festgelegt, wie groß das Fenster in der Teeküche ist und wie hoch die Temperatur im Archiv ist.

Frau Ministerpräsidentin, wenn Sie es mit dem gründerfreundlichen Klima wirklich ernst meinen, dann hören Sie endlich damit auf, zu unterstützen oder selbst zu veranlassen, dass die kleinen, aber auch unsere etablierten mittelständischen Betriebe durch immer neue Bürokratie gefesselt werden. Da täten Sie allen einen Gefallen.

(Beifall von der FDP, der CDU und Dietmar Schulz [PIRATEN])

Ich komme zum Schluss, verehrte Anwesende. Letztlich ist es eine Frage des Klimas. Berlin ist die Gründerstadt Nummer eins in Deutschland – nicht wegen besonders guter wirtschaftspolitischer Rahmenbedingungen, sondern eher, weil Berlin ein spannender Standort mit Kultur ist. Vor einigen Jahren sagte man: You can't hire in Berlin. – Deshalb hat eBay seinen Europasitz seinerzeit nicht nach Berlin, nicht nach Deutschland verlegt. Das hat sich fundamental verändert – nicht weil Herr Wowereit jetzt ein Feuerwerk an wirtschaftspolitischer Liberalität entfacht hätte, sondern weil dort einfach das Klima stimmt.

(Ingrid Hack [SPD]: Nein, dort ist die Politik natürlich nicht schuld, Herr Lindner! Das ist klar, wenn es Ihnen nicht passt! – Ministerpräsidentin Hannelore Kraft: Der heißt jetzt Müller!)

– Herr Müller hat aber noch nicht so viel mit den Rahmenbedingungen der letzten Jahre zu tun, Frau Ministerpräsidentin. Da ist Herr Wowereit eine längere Zeit verantwortlich gewesen. Deshalb war es schon richtig, dass ich von Herrn Wowereit gesprochen habe.

Übrigens wird es Herrn Müller nicht gelingen, ein besonderes Klima der Elektrizität in Berlin zu entfachen. Wenn man Herrn Wowereit eines zugutehalten muss, dann ist es nicht sein Flughafen, sondern das, was er geleistet hat, um die Stadt interessant zu

machen. „Arm, aber sexy“ hat er gesagt. Bei dem Weg in Richtung Armut stehen Sie ihm in nichts nach. Wenn es darum geht, Nordrhein-Westfalen auch zu einem attraktiven Standort zu machen, gibt es bei Ihnen aber noch einigen Anlass zur Vervollkommnung.

(Beifall von der FDP und der CDU)

Denn bislang strahlt Ihre Regierung keine Offenheit für Fortschritt, für neue Technologien aus. Bislang preist Ihre Regierung die wirtschaftliche und unternehmerische Freiheit nicht besonders, sondern stellt sie eher unter Generalvorbehalt.

Deshalb möchte ich zum Abschluss folgenden Satz aus der Manuskriptfassung Ihrer Regierungserklärung zitieren:

„Die Landesregierung wird wie bisher ihren Beitrag leisten, diesen Wandel zum Wohle des Landes, seiner Wirtschaft und seiner Bürgerinnen und Bürger zu gestalten.“

Wie bisher? Bitte nicht! Denn das ist eine Drohung. Machen Sie es anders als bisher!

(Langanhaltender Beifall von der FDP und der CDU)